

# Die Neinsager

Vier Neins einen bei der Europawahl 2014 die extreme Rechte. In allen EU-Ländern lehnt sie die Europäische Union ab, verwehrt sich gegen eine »multikulturelle Gesellschaft«, befürchtet eine »Einwanderung in die Sozialsysteme« und warnt vor einer »Islamisierung Europas«.

von **Andreas Speit**

Die Inneneinrichtung soll Offenheit signalisieren: Weiße Wände und indirektes Licht. Hinter den blauen Sesseln des Präsidiums hängt die blaue Europaflagge mit den zwölf goldenen Sternen. Über den 754 Abgeordneten des Europäischen Parlaments befinden sich die in die Wände eingelassenen Kabinen der DolmetscherInnen. Ganz rechts vom Präsidium sitzen als Abgeordnete der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) auf Platz 614 Andreas Mölzer, auf Platz 613 Franz Obermeyer. Von der »Front National« (FN) belegen Bruno Gollnisch Platz 615 und Marine Le Pen Platz 616. Insgesamt sitzen 34 Abgeordnete der extremen Rechten aus Europa im Straßburger Parlament zusammen. Nach der Europawahl 2014 könnten aus den 28 Ländern der »Europäischen Union« (EU) noch weit mehr Abgeordnete aus extrem rechten Parteien, rechtspopulistischen Strukturen und radikal-euro-kritischen Vereinigungen im Plenarsaal vertreten sein.

## Gefahr von Rechts

Schon 2012 warnte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), in seiner »Berliner Europa-Rede«, dass in der »wirtschaftlichen und sozial angespannten Lage« die »Hetze von Populisten« auf »fruchtbaren Boden« falle. Nicht allein Schulz sorgt sich darum, dass mit »Fremdenfeindlichkeit« und »billigen Sprüchen Stimmung gegen andere gemacht« werde. Der Europaabgeordnete der »Grünen«, Jan Philipp Albrecht, betonte in seinem Straßburger Büro, dass die extreme Rechte nicht nur in den stark krisengeschüttelten Mitgliedsstaaten, sondern auch in den wirtschaftlich weniger belasteten Staaten Chancen auf Stimmenzuwächse hätten. Der Einzug dieser Parteien scheint nach aktuellen Umfragen mehr als sicher. Nach einer Studie der Deutschen Bank und der Universität Bonn vom 31. Januar dieses Jahres könnten die »EU-SkeptikerInnen von rechts« insgesamt 18 Prozent des Stimmenanteils für sich gewinnen: 136 Sitze.

## »Faust gegen Europa«

Dem Stimmenzuwachs sehen der Parteivorsitzende der »Partij voor de Vrijheid« (»Partei für die Freiheit«, PVV), Geert Wilders, und die FN-Vorsitzende, Marine Le Pen, zuversichtlich entgegen. Bereits knapp ein Jahr vor der Europawahl am 25. Mai erklärten die beiden eine »Faust gegen Europa« zu schmieden. Scherzend saßen sie im November 2013 im Sitzungssaal des niederländischen Parlaments zusammen. Bei dem Treffen in Den Haag warben sie für das Bündnis im Europäischen Parlament gegen das Europäische Parlament. »Damit beginnt die Befreiung von der Elite des alten Europas, dem Monster in Brüssel«, sagte Wilders. Eine gängige Botschaft der radikalen Rechten: die da in Brüssel machten mit einem überbelegten Verwaltungsapparat Politik gegen die »einfachen Leute«, das »eigene Volk«. »Wir wollen mit anderen patriotischen Gruppen in Europa eine Dynamik schaffen«, sagte Le Pen und betonte, Ziel sei es, ein System zu beenden, das die »Völker Europas in die Sklaverei getrieben hat«.

## Die vier Neins

Dieses eine Nein ist eines von insgesamt vier, die die extrem Rechten europaweit gemeinsam haben. In allen EU-Ländern lehnen sie die Europäische Union ab, verwehren sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft, befürchten eine »Einwanderung in die Sozialsysteme« und warnen vor einer »Islamisierung Europas«. Vor vier Jahren, im Jahr 2010, legte Andreas Mölzer auf dem Jahreskongress der »Gesellschaft für freie



Publizistik e. V.« zehn Thesen zur EU dar; sie skizzieren die Kritik dieses Spektrums bis heute. Der FPÖ-Europaabgeordnete mahnt an, dass die EU zu einem »zentralistischen Bundesstaat« werde, zur »politisch-korrekten Gesinnungs-Despotie«, mit einer »Regelungswut«. Diese »Europäisierung« gefährde die »nationalen Identitäten« der »einzelnen europäischen Nationen und Völker«. Die »Massenzuwanderung«, insbesondere aus der »islamischen Welt«, so Mölzer, sei zudem äußerst gefährlich für die europäischen Staaten, da durch sie die Sozialsysteme zusammenbrechen und Parallelgesellschaften entstünden.

Diese vier Neins genügten, um das Bündnis von Wilders und Le Pen zu schmieden. Die »Schwedendemokraten«, der »Vlaams Belang« aus Belgien und die »Lega Nord« aus Italien zeigen bereits starkes Interesse. In den Jahren zuvor mieden sie sich, die einen fanden die anderen zu »populär«, die anderen wieder die einen zu »extrem«. In Den Haag betonte Le Pen nun gelassen: »Selbst in einer Ehe muss man nicht zu 5000 Prozent einer Meinung sein«.

## Applaus für die Schweiz

Nicht gelassen, viel mehr begeistert reagierten Wilders und Le Pen auf die Volksabstimmung in der Schweiz gegen Einwanderung. »Was die Schweizer können«, twitterte Wilders, »das können wir auch« und fuhr knapp fort: »Immigration stoppen und raus aus der EU! Quoten für die Migranten. Phantastisch!«. »Ich wünschte, wir würden den Schweizern folgen«, sagte Le Pen dem Radiosender »Europe 1«. »Die Franzosen«, meinte sie, würden noch deutlicher als das kleine Nachbarland »für einen Stopp der Massenimmigration votieren«. In Deutschland begrüßte auch die NPD um den neuen Bundesvorsitzenden Udo Pastörs das knappe Ergebnis der von der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP) initiierten Abstimmung. »Ausländer stopp – in der Schweiz jetzt offiziell«, titelte Karl Richter, NPD-Bundesvize, am 9. Februar auf der Bundes-Website und forderte: »Basisdemokratie auch in Deutschland stärken – Ausländerstopp auch in der Bundesrepublik!«.

## Das »demokratische Paradoxon«

Die Argumentationen offenbaren die Intentionen. Die Abstimmung in der Schweiz nutzt die extreme Rechte nicht nur, um ihre Position gegen Einwanderung als »Stimmung des Volkes« wider der »Politik der Parteien«



darzustellen. Sie bedienen sich ihr auch, um sich als die »wahren VolksvertreterInnen« zu gerieren, die sich mit demokratischen Mitteln für die Menschen einsetzen und den anderen Parteien entgegen stellen, die den »wahren Volkswillen« nicht zulassen wollen. Die Politikform des Europäischen Parlaments kommt ihnen dabei entgegen. Denn die europäischen Arbeitsabläufe verdichten ein, wie die Politologin Margaret Canovan sagte, »demokratisches Paradoxon«. Die Komplexität der Probleme bedingt, dass die PolitikerInnen sie inklusiver, konsensueller und outputlastiger angehen. Gleichzeitig fühlen sich die Menschen jedoch immer weniger einbezogen, erkennen kaum noch Unterschiede zwischen den Parteien und empfinden die politischen Prozesse als undurchschaubar. Im Plenarsaal in Straßburg wird die Arbeitsweise der PolitikerInnen oft nicht sichtbar, weil sie einfach nicht zu sehen sind. Überrascht schauen BesucherInnen bei Sitzungen in Straßburg auf die freien Abgeordnetensessel. Der runde Plenarraum wirkt bei Sitzungen leer, da nur einzelne Europaabgeordnete kurze Reden halten, Berichte ausführen und schnell andere Abgeordnete erwidern. »Bitte lassen sie sich nicht täuschen«, sagen dann die MitarbeiterInnen zu den Gästen. Im Europäischen Parlament bestimmten Fraktionssitzungen und ExpertInnenrunden den politischen Alltag. »Die Abgeordneten, die jetzt nicht im Plenarsaal sind, sitzen in Ausschüssen, Treffen und Kreisen, um politische Entscheidungen zu entwickeln und zu treffen«, erklären sie den BesucherInnengruppen. Bei großen Debatten mit wichtigen Abstimmungen seien sie da. Auf der Gästetribüne ist schwer einzuschätzen, ob die BesucherInnen dieser Argumentation folgen. Die populistische Rhetorik der EU-feindlichen Stimmung an den Stammtischen und in den Hörsälen erhält indes stetige politische Resonanz – Tendenz steigend.

#### **Die rechte Mitte**

In der »Mitte der Gesellschaft« der EU-Staaten nehmen rechte Ressentiments zu. Kein europäisches Land, ob West oder Ost, ob Nord oder Süd, in denen nur die extreme Rechte über Antidiskriminierungsregelungen und Gender-Mainstreaming schimpft und Zuwanderung und »Islamisierung« verneint. »Die unsicheren Zeiten zeigen hier ein nationales Gesicht«, warnt Ulrich Beck. Der Hass auf die »Anderen«, auf AusländerInnen, Jüdinnen, Juden und Muslime, wächst, sagt der Soziologe. Eine Forschungsgruppe des Projektes »Gruppenbezogene Menschen-

feindlichkeit« an der Universität Bielefeld erhob in acht europäischen Ländern eine repräsentative Umfrage: den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Polen und Ungarn. In der Studie war sich rund die Hälfte der Befragten einig, dass es in ihren Ländern zu viele ZuwanderInnen gebe, schreiben Andreas Zick, Beate Küpper und Andreas Hövermann in der 2011 veröffentlichten Untersuchung »Die Abwertung der Anderen«. Rund die Hälfte verurteile außerdem den »Islam pauschal als Religion der Intoleranz«. Die Ablehnung gleicher Rechte für Homosexuelle variiert hingegen stark: In den Niederlanden lehnen 17 Prozent und in Polen 88 Prozent der Befragten die Gleichstellung ab. Auch bei der Anfeindung von Menschen jüdischen Glaubens besteht eine große Spanne. »Juden versuchen heute, Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind«, denken in Großbritannien 21,8 Prozent und in Ungarn 68,1 Prozent.

#### **Kaum ein Ja**

Die Stimmungsschwankungen in den Ländern spiegeln sich in den Parteien wider. In seinem Straßburger Büro betont Andreas Mölzer (FPÖ): »Ich bin kein Europakritiker, sondern ein EU-Kritiker«. AnhängerInnen der »Jobbik« seien jedoch »wirkliche Antieuropäer«, sagt er und fügt hinzu: »Im Osten sind schon auch Obskuranten und Narren bei den verschiedenen nationalen Bewegungen«. Am 13. Februar 2014 warf am Ende seiner Rede Tamás Gaudie-Nagy von der »Jobbik« eine im ungarischen Parlament angebrachte EU-Fahne aus dem Fenster. »Symbole des Kolonialismus« hätten im Parlament »nichts verloren« sagte er. Die vier Neins der Gemeinsamkeiten können die Unterschiede nicht ausblenden: Die FPÖ will ein »geeintes Europa das das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der historisch gewachsenen Völker Europas gewährleistet und auf der geistigen Grundlage des christlichen Abendlandes steht«. »Jobbik« dagegen fordert, dass Ungarn einen Status wie die Schweiz anstreben solle. Auf ein gemeinsames Europa-Konzept hat sich die extreme Rechte nie einigen können. Nur im Nein sind sie vereint. Die Rhetorik und die Aktionen von »Jobbik« um deren Partei-Chef Gabor Vona gegen das »Weltjudentum« und die »Zigeunkriminalität« irritiert zudem einzelne Rechte. Militante Aktionen und extrem-radikale Rhetorik meiden Wilders und Le Pen. Moderat und »patriotisch« möchten sie erscheinen. Der »Jobbik« haben sie bisher keine Zusammenarbeit angeboten. Nicht verbittert erklärt Márton Gyöngyösi: »In vielen Dingen stimmen unsere Standpunkte wohl nicht überein, in jedem Land hat die radikale Bewegung offensichtlich ihr eigenes, spezifisches Programm«. Ungeachtet dessen betont er im ungarischen Parlament ein gemeinsames Ziel: »Alle Bewegungen und Parteien, die der EU kritisch gegenüberstehen, sollten sich konsolidieren«. Die NPD haben Wilders und Le Pen auch noch nicht angesprochen. Doch mit dem Wegfall der Drei-Prozent-Hürde dürfte ihr Spitzenkandidat Udo Voigt ins Europäische Parlament kommen.

#### **Rechtsruck in der EU?**

»Wenn die Zeiten insgesamt härter werden«, erklären Küpper und Zick, scheint die »Kapazität der Toleranz zu schrumpfen, [...] sodass bisher verdeckte und versteckte Feindseligkeiten offen zutage treten können«. Nicht zuletzt würden »Sündenböcke« gesucht. Schon allein die Angst vor dem sozialen Abstieg verstärkte diese Einstellungen. Schlechte Nachrichten für eine offene, pluralistische Gesellschaft, gute für die extreme Rechte.